

Elbkurier

CDU MAGDEBURG

Informationsblatt des CDU-Kreisverbandes Magdeburg

Seite 2

Waltraut Zachhuber über die Wende 1989 ...

Seite 5

JU: Dreiklang aus Wirtschaft, Bildung und Familie

Seite 6

Schäuble: Wachstum stärken, Wirtschaft konsolidieren

Seite 7

Vertrag von Lissabon - Garant für Zukunft Europas

Seite 9

Stimmenzuwachs reichte nicht für Direktmandat

Seite 11

Gedenkort für ehemalige Zwangsarbeiter eingeweiht

Seite 14

20 Jahre friedliche Revolution - ohne Freiheit ...

Magdeburg Modellprojekt für Bürokratieabbau?

Auf der Gesamtmitgliederversammlung der CDU Magdeburg am 25. November erläuterte der Kreisvorsitzende Jürgen Scharf die Ergebnisse der drei Wahlen in diesem Jahr aus Sicht der Magdeburger Union. "In einem Superwahljahr wie diesem sind die Mitglieder und Unterstützer unserer Partei besonders gefordert. Der Einsatz hat sich gelohnt aber die CDU hat in Magdeburg noch nicht ihr volles Potenzial ausgeschöpft. So muss es gelingen, dass unsere Partei wieder die stärkste politische Kraft wird. Gerade in Anbetracht der anstehenden Landtagswahlen im Jahr 2011", so Jürgen Scharf MdL. In seinen weiteren Ausführungen ging er u. a. auf die Diskussion zum kommunalen Finanzausgleichsgesetz ein. Dabei warnte er davor, die großen Städte zu vernachlässigen, da hier auch die Leistungen erbracht werden, von denen die umliegende



Region oft in einem erheblichen Ausmaß profitiert.

Bezüglich der Arbeit der Fraktion CDU/BfM im Stadtrat erklärte deren Vorsitzende Wigbert Schwenke MdL: "Die Fraktion CDU/BfM ist in ihrer Geschlossenheit derzeit wohl die einzige verlässliche politische Größe im Magdeburger Stadtrat." Neben der Wahl der Delegierten für den CDU-Landesparteitag und den CDU-Landesauschuss wurden auch mehrere vorliegende Anträge disku-

tiert. Unter anderem wird gefordert, dass die Region Magdeburg zur Modellregion für den Bürokratieabbau werden soll, wie im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zu finden. Weitere Anträge beschäftigten sich mit der Einführung der Onleihe (elektronische Ausleihe per Internet z. B. von so genannten E-Books) sowie der Verbesserung des Internetangebotes des Kreisverbandes. Des Weiteren soll geprüft werden, wie das Semesterticket auch für Fernstudenten, die in Magdeburg ihren Wohnsitz haben, zugänglich gemacht werden kann.

Bernd Heynemann nutzte die Gelegenheit, sich bei den Mitgliedern der CDU für ihren Wahlkampfeinsatz zu bedanken.

Am Rande der Veranstaltung führte die Junge Union einen Spenden-sammlung für den guten Zweck durch, bei der rund 100 Euro zusammen kamen.

Tobias Krull


"Krawall und Streik lehnen wir ab!"

RCDS-Spitze will Bologna-Prozess in den Blick nehmen

Anfang November trafen sich die Delegierten der vier RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) Hochschulgruppen Sachsen-Anhalts in Magdeburg. Die Studenten verabschiedeten eine neue Satzung und wählten eine neue Führungsspitze.

Die neue Vorsitzende Anna Genske erklärte nach ihrer Wahl: "Der Kontakt zur CDU und Jungen Union muss weiter ausgebaut werden." Das sei gerade im Zusammenhang

mit einem Schwerpunkt wichtig, den sich der neue Landesvorstand gesetzt habe: Die Entwicklung von Ideen und Konzepten bezüglich der Probleme im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess.

"Wir verneinen den Bildungsstreik und setzen auf konstruktive Zusammenarbeit mit der CDU. Krawall und Streik sind nicht die richtigen Mittel. Wir möchten uns mit der Thematik inhaltlich auseinandersetzen. Nur so hat es der RCDS Deutschlands

geschafft, dass jüngst dessen zentrale Forderungen in den Koalitionsvertrag der CDU/CSU und FDP übernommen wurden", so Anna Genske.

Der Vorstand des RCDS Sachsen-Anhalt wird deswegen eng mit den anderen Landesvorständen und dem Bundesvorstand des RCDS zusammenarbeiten und sich für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und Universitäten einsetzen.

Fortsetzung Seite 4


Waltraut Zachhuber über die Wende 1989, die Kirche als

Elbkurier: Frau Zachhuber, vor 20 Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger der DDR Weltgeschichte geschrieben. Sie haben als damalige Dompredigerin in Magdeburg eine herausragende Rolle in dieser Umbruchphase gespielt und wurden dafür auch mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Wie sehen Sie im Rückblick die Wende?

Zachhuber: Wissen Sie, Pfarrer müssen immer vorne stehen, aber es sind vor allem die Menschen, die dahinter stehen, die das Ganze tragen.

Elbkurier: Die Bibel spricht oft in kräftigen Bildern, z.B. vom guten Hirten, der seinen Schafen den Weg weist. Haben Sie sich als guter Hirte gesehen?

Zachhuber: Nein, dies Bild ist ja einem vorbehalten, Jesus Christus. Allerdings hatten wir als Kirche etwas anzubieten, was Menschen brauchten - Räume, wo sie Schutz fanden, sich begegnen konnten, frei reden durften.

Die Entwicklung im Herbst 1989 hat in Magdeburg eine längere Vorgeschichte. Ausgangspunkt war die Verhaftung von Dissidenten im Januar 1988 in Berlin. Das hat viele Menschen auch bei uns tief bewegt. Damals gab es schon sechs Jahre die wöchentlichen Friedensgebete vor dem Barlachmal im Dom, zu denen aus diesem Grunde sehr viele mehr Menschen als je zuvor kamen, zeitweilig fanden diese Gebete sogar täglich statt.

Elbkurier: Welche Menschen haben dieses Angebot der Kirche angenommen?

Zachhuber: Vor allem Menschen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten. Sie standen immer unter Beobachtung der Stasi und damit unter einem enormen Druck seitens des Staates und sie durften sich sonst nirgends treffen. Aber den Besuch von Gottesdiensten konnte ihnen niemand verwehren.

Elbkurier: Wie entwickelte sich die Geschichte weiter?

Zachhuber: Es kamen immer mehr Teilnehmer zu diesen Friedensgebeten, im Sommer 1989 dann wöchentlich etwa 500 Personen, so dass mein Kollege Quast und ich zu

der Überzeugung kamen, dass wir uns darüber mit dem Gemeindegemeinderat beraten sollten, weil uns die Sache zu heiß wurde. Anfang September hat sich der Gemeindegemeinderat das dann angesehen. Er sah es wie wir als Problem an, dass bei diesen Friedensgebeten quasi nur Themen der Ausreise erörtert wurden. Die Gemeindegemeinderatsmitglieder wollten aber auch, dass die Menschen angesprochen werden, die ausdrücklich in der DDR bleiben und Veränderungen erreichen wollten.

Elbkurier: Der Gemeindegemeinderat hat also ihre Initiative nicht zurückgenommen, sondern um eine weitere ergänzt!?

Zachhuber: Ja, Wir haben von dieser Woche an zwei Gebetsveranstaltungen im Dom angeboten: Am Don-



Sie hat die Wende in Magdeburg maßgeblich mitgestaltet: Superintendentin i. R. Waltraut Zachhuber (68) im Interview mit Wilfried Köhler. Fotos: B. Uebe

nerstag das traditionelle Friedensgebet für die Ausreisewilligen, und am Montag - wie in Leipzig - das "Gebet für die gesellschaftliche Erneuerung" für die Bleibewilligen.

Elbkurier: Wie machten Sie denn das bekannt? Sicher nicht über die Volksstimme!?

Zachhuber: Zuerst einmal von Mund zu Mund. Dann informierten wir durch die Abkündigung von der Kanzel und durch Aushänge im Schaukasten oder am Lettner im Dom. Dort gab es im Grunde eine Art Ersatzzeitung für Magdeburg, weil ja die Volksstimme in dieser Phase noch voll auf der SED-Linie war.

Elbkurier: Welche Dynamik entfaltete dieses Montagsgebet?

Zachhuber: Es begann mit 140 Teilnehmern beim ersten Treffen, zwei Wochen später kamen 900 und einen Monat später, am 9. Oktober 1989, bereits 4000 Menschen. Jeder Abend wurde durch die "Beratergruppe Dom" vorbesprochen und ausgewertet. Am 2. Oktober mit etwa 2500 Teilnehmern haben wir die Menschen in 50 Gruppen aufgeteilt, in denen die wichtigsten Forderungen und Ziele diskutiert und aufgeschrieben wurden.

Elbkurier: Was waren die zentralen Punkte?

Zachhuber: Insgesamt wurden 22 Forderungen benannt. Die wichtigsten waren Pressefreiheit, Rede-, Meinungs- und Glaubensfreiheit, freie Wahlen mit Mehrparteiensystem und Bildung ohne staatliche Gängelung. Diesen Wunschkatalog

nen und Forderungen können doch nicht verborgen geblieben sein!?

Zachhuber: Natürlich nicht. Wir sind schon im September von westlichen Journalisten angesprochen worden, die über unsere Treffen und unsere Forderungen berichten wollten. Aber wir am Dom waren in der Frage der Einbeziehung westlicher Journalisten ziemlich unsicher und vielleicht auch etwas ängstlich. Wir wussten nicht, welche Wirkung eine umfangreichere Berichterstattung für die Menschen in Magdeburg haben würde. Wir konnten die Risiken nicht einschätzen. Die Verantwortung für die Menschen und die Erreichung konkreter Verbesserungen war uns wichtiger als Öffentlichkeit. Sie müssen sehen, immerhin waren Gespräche möglich...

Elbkurier: Wie beurteilen Sie die Rolle der Kirche im Herbst 89 im Rückblick? War Kirche das Schutzdach dieses gesellschaftlichen Prozesses?

Zachhuber: Die Kirche war eine Art Hebamme, die bei der Geburt einer neuen Gesellschaft behilflich war. Das hatte eine gesellschaftspolitische, aber auch eine seelsorgerliche Dimension.

Elbkurier: Wie hat sich die Rolle der Kirche nach der Wende verändert?

Zachhuber: Die Menschen sind nicht in Scharen in die Kirche eingetreten, wie das Manche - vor allem im Westen - erwartet hatten. Im Gegenteil, zwei Jahre später sind viele wegen der Einführung der Kirchensteuer ausgetreten.

Elbkurier: Das ist bitter! Waren das nur die Karteileichen?

Zachhuber: Dies Wort möchte ich nicht gebrauchen, aber sicherlich eher die Nichtaktiven. Es ist sehr schade, dass sie gingen. Manche von ihnen waren schon lange nicht mehr Mitglied der Kirche und traten nur vorsorglich (nochmals) aus.

Elbkurier: Wie sehen Sie die Stellung der Kirche in der heutigen Gesellschaft?

Zachhuber: Sie ist selbstverständlicher Teil der pluralen Gesellschaft, aber sie steht zugleich als Anbieterin im Wettbewerb mit vielen anderen.

weiter auf Seite 3

Hebamme und ihren Traum vom Wiederaufbau der Ulrichskirche

Hin und wieder jedoch gibt es Situationen, wo Menschen sich an die Erfahrungen in der Kirche im Herbst 1989 erinnern.

Elbkurier: Das müssen Sie erklären!

Zachhuber: Erinnern Sie sich an die vielen FCM-Fans, die wegen ihrer Angst um den Abstieg ihres Fußballvereins im Dom einen Ort der Besinnung gesucht haben? Das hätte es ohne die Erfahrung vom Herbst 89 sicher nicht gegeben. Der Dom ist ein Ort geworden, zu dem man gehen kann, wenn man nicht weiter weiß. Oder nehmen Sie die Bundesgartenschau 1999 in Magdeburg, wo wir nicht mit dem Dom, aber mit "Gottes Gartenhaus" mittendrin waren. Wir haben heute als Kirche die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit auf Menschen zuzugehen, ob nun bei besonderen Ereignissen oder im Alltag, aber wir müssen das auch tun. Wir sind eine Minderheit in dieser Gesellschaft, da werden wir nicht immer gefragt oder beachtet. Da ist es gut, wenn wir uns bei unseren Themen auch selbst melden und in Erinnerung bringen. Ich glaube, es gibt da durchaus Erfolge, auch wenn nur 10 Prozent der Magdeburger Mitglieder der evangelischen Kirche sind. In der Gemeinde, in der ich lebe, erlebe ich beispielsweise eine Reihe von Taufen mit. Das ist ermutigend.

Elbkurier: Wie ist das Verhältnis der beiden großen Kirchen zueinander?

Zachhuber: Ich bin seit fünf Jahren im Ruhestand - da müssten Sie die fragen, die jetzt im Dienst der Kirchen stehen. Jedenfalls gab es zu DDR-Zeiten ein besonders enges Verhältnis mit den ökumenischen Nachbarn. Es sieht für mich so aus, als gäbe es aber auch heute an der Basis viel gute Zusammenarbeit. Unter der Überschrift "CIMD" (Christen in Magdeburg) fuhr zum Stadtjubiläum eine Straßenbahn durch die Stadt mit der Aufschrift "Seit 1200 Jahren Christen vor Ort". In dieser "CIMD"-Gemeinschaft wurden auch Ökumenische Stadtkirchentage gefeiert. Doch es gibt auch unterschiedliches Verhalten.

1991 haben evangelische und katholische Christen gemeinsam



das Ökumenische Domgymnasium gegründet.- eine wunderbare Idee. Trotzdem hat dann die katholische Kirche in Magdeburg zusätzlich ein eigenes Gymnasium aufgebaut. Das hat mich damals etwas irritiert. Aber es hat mir auch gezeigt, dass wir uns unter den neuen Bedingungen auch zuweilen wieder neu kennen und akzeptieren lernen müssen.

Elbkurier: Es gibt ernstzunehmende Bestrebungen, die 1956 gesprengte Ulrichskirche wieder aufzubauen. Wie stehen Sie dazu?

Zachhuber: Sechs Innenstadtkirchen und zwei weitere in Stadtteilen, die durch den Krieg unterschiedlich schwer zerstört wurden, wurden zu DDR-Zeiten dem Wiederaufbau einer sozialistischen Industriestadt geopfert. Sie verschwanden völlig, darunter sogar eine, die Heiliggeistkirche, die durch ökumenische Hilfe schon wieder aufgebaut worden war. Das ist eine Unrechtsgeschichte gewesen. Klar, was wir heute an Kirchen haben, ist nach Größe und Anzahl für die evangelischen Gemeinden der Stadt genug. Aber diese Kirchen stehen dort, wo keine Menschen entlang gehen. Und wo die Menschen unterwegs sind in dieser Stadt, befindet sich keine Kirche. Das fasziniert mich an der Idee "Wiederaufbau der Ulrichskirche". Vielleicht gibt es ja irgend etwas im "Projekt Ulrichskirche", wenn sie denn aufgebaut werden sollte, einen Raum der Stille oder Ähnliches, wodurch die Kirchen mit vor Ort sein könnten. Das wäre mein Traum. Vielleicht bleibt es ein Traum. Vielleicht aber auch nicht. Allerdings engagiere ich mich nicht dafür, son-

dern leite einen Verein, der eine neue Synagoge fördern will.

Elbkurier: Die evangelische Kirchenprovinz Sachsen hat sich vor einigen Monaten mit der Thüringischen Landeskirche vereinigt und mit Bischöfin Junckermann ein neues Gesicht. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Zachhuber: Ich habe diesen Fusionsprozess nicht mit großer Sympathie verfolgt. Er hat viel Kraft gekostet, die wir eigentlich für andere Aufgaben gebraucht hätten. So ist zum Beispiel erst 2008 das mir sehr wichtige Thema Kirche gegen Rechtsradikalismus zum Jahresthema geworden.

Elbkurier: Wird die Teilung von Bischofssitz in Magdeburg und Verwaltung in Erfurt Bestand haben?

Zachhuber: Ich glaube nicht, dass diese Trennung dauerhaft funktioniert.

Elbkurier: Neben Frau Junckermann hat die evangelische Kirche weitere Frauen in Bischofsämtern. Was steckt hinter dieser Entwicklung?

Zachhuber: Es ist selbstverständlich wichtig, dass Männer und Frauen in der Kirche gemeinsam Verantwortung tragen. Es wäre schade, auf die Gaben und Begabungen von Frauen zu verzichten. Das drückt sich in diesen Berufungen aus. In der Frage der Gleichberechtigung tat sich unsere Kirche jedoch lange schwer. Als ich 1968 das Examen machte, wurden verheiratete Frauen noch gar nicht zum Pfarrdienst ordiniert. 1980 waren aber im Kirchenkreis Magdeburg 12 von 40 Pastoren schon Frauen. Allerdings halte ich

gar nichts von einer "Quote", das ist für mich eher eine Kränkung für uns Frauen. Es sollte immer auf den Menschen und seine Qualitäten ankommen.

Elbkurier: Der evangelischen Kirche sagt man oft ein gestörtes Verhältnis zur CDU nach. Wie geht es Ihnen?

Zachhuber: Ich kann nicht für die evangelische Kirche reden - da ist das gewiss sehr unterschiedlich. Ich persönlich habe als Studentin Gerald Götting als Vorsitzenden der Ost-CDU erlebt. Unerträglich, wie dieser Mann der SED nach dem Munde redete. Und Helmut Kohl hat 1990 dessen Ost-CDU einfach in seine Arme geschlossen. Das fand ich problematisch. Die CDU (West) hätte sich 1990 deutlich von der alten Blockpartei abgrenzen sollen. Es fällt mir auf, dass die CDU bis heute Themen, die mir als Christin wichtig sind - Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung bspw. - eher zögerlich aufnimmt.

Elbkurier: Wie fällt Ihre Meinung über das einfache CDU-Mitglied aus DDR-Zeiten aus?

Zachhuber: Ich weiß, viele sind damals in die CDU eingetreten, weil sie nicht in die SED wollten. Das war schon eine Form von Distanzierung zur SED.

Elbkurier: Wir sind 20 Jahre weiter und die "Ostfrau" Angela Merkel regiert das Land im fünften Jahr!?

Zachhuber: Natürlich. Die Jungen sehen die Dinge heute schon wieder ganz anders als wir Älteren. Wir werden sehen, was die Zukunft bringt ...

Elbkurier: Frau Zachhuber, herzlichen Dank für das Gespräch. wik

Termine

Januar 2010

12.01.2010, 19.00 Uhr
Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Magdeburg
Hauptgebäude der Stadtsparkasse Magdeburg
Lübecker Straße 126

14.01.2010, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte PoMo's
Baumschulenweg

20.01.2010, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

27.01.2010, 18.00 Uhr
OMV
Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

Februar

01.02.2010, 19.00 Uhr
MIM
Gaststätte "Vecchia Roma"
ehemals Paulaner
Hegelstraße/Einsteinstraße

03.02.2010, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
NBZ Othrichstraße 30

17.02.2010
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

24.02.2010, 18.00 Uhr
OMV
Beratungsraum der CDU-Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

März

01.03.2010, 19.00 Uhr
MIM
Gaststätte "Vecchia Roma"
ehemals Paulaner
Hegelstraße/Einsteinstraße

03.03.2010, 19.00 Uhr
OV Am Neustädter Feld
Gaststätte "PoMo's"
Baumschulenweg

weitere Termine S. 10

Fortsetzung von S.1 "Krawall und Streik lehnen wir ab!"

Weitere Schwerpunkte der Arbeit in der kommenden Wahlperiode sollen der Auf- und Ausbau von RCDS-Hochschulgruppen an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt sowie die Bereitstellung eines breiten Serviceangebotes für Studenten (z.B. in Form von Bafög- und Sozialberatungen) sein.

Die 21jährige BWL-Studentin der Universität Magdeburg, Anna Genske, wurde einstimmig zur Landesvorsitzenden gewählt. Sandra Sielicki, Medizinstudentin an der Medizinischen Fakultät Magdeburg, und Norman Phillip, angehender Wirtschaftsingenieur an der Universität Halle, bekleiden jetzt die Posten der Stellvertreter. Stefan Feldt, Student der Kulturwissenschaft in Magdeburg, wurde ebenfalls Stellvertreter und Schatzmeister des Ver-



Der neue Landesvorstand des RCDS Sachsen-Anhalt mit der neuen Landesvorsitzenden Anna Genske (4. von links). Fotos: Tobias Krull

bandes. Als Beisitzer wurden gewählt: Sebastian Wagener (Fachhochschule Harz), Marcus Gedai (Universität Halle), Fabian Herrmann (Fachhochschule Magdeburg) und Markus Jahnke (Universität Halle).

Der RCDS ist der größte und älteste politische Studentenverband Deutschlands. Im Bundesgebiet sind rund 8000 Mitglieder in mehr als 100 selbstständigen Gruppen aktiv.

Fabian Herrmann

Halbjahresbilanz der Fraktion CDU/BfM

Seit den Kommunalwahlen und der Neukonstituierung des Stadtrates ist jetzt rund ein halbes Jahr vergangen. Inzwischen hat die Fraktion CDU/BfM im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg mit ihren 14 Mitgliedern die innere Aufgabenverteilung abgeschlossen und ist in der alltäglichen kommunalpolitischen Arbeit angekommen. Was die neue Fraktion unter anderem auszeichnet, ist ihr grundsätzlich geschlossenes Auftreten nach außen. Damit wird eine gute Tradition der CDU-Vertreter im Magdeburger Stadtrat fortgesetzt. Während andere Fraktionen sich durch innere Zwistigkeiten und ein

Wirrwarr von unterschiedlichen Meinungsäußerungen gegenüber der Öffentlichkeit präsentieren, pflegen wir eine andere Kommunikationskultur. Der sachliche Diskurs zu den Themen findet intern in der Fraktion statt, bis der entsprechende Meinungsbildungsprozess abgeschlossen ist. Ein gutes Beispiel ist das Abstimmungsverhalten der Fraktion bei der Entscheidung zur Eisenbahnüberführung im Bereich Ernst-Reuter-Allee. Wir wollen darüber hinaus auch den direkten Kontakt zu Dritten weiter verstärken. So gab es in der neuen Wahlperiode z.B. bereits Gespräche mit dem Vorstand des

Regionalverbandes Magdeburg-Jerichower Land des DRK, Vertretern des Kuratoriums zum Wiederaufbau der Ulrichskirche oder dem Vorstand des Vereins Haus und Grund e.V.

Ganz wichtig ist uns die dichte Vernetzung zwischen CDU-Kreisverband und der Fraktion im Stadtrat. Zum Beispiel beim fachlichen Austausch zwischen Partei- und Fraktionsmitgliedern. Wenn Sie Fragen oder Anregungen für die Fraktion haben, nehmen Sie einfach den Kontakt zu den Stadträten oder zur Geschäftsstelle auf! Denn nur gemeinsam können wir etwas bewegen. Wigbert Schwenke



Dreiklang aus Wirtschaft, Bildung und Familie

Junge Union fordert klare Profilierung der CDU zur Landtagswahl 2011

Im November fand der 19. Landestag der Jungen Union Sachsen-Anhalt in der Landeshauptstadt Magdeburg statt.

Hauptthema war der Leitantrag mit dem Titel "Die CDU im Vorfeld der Landtagswahl 2011 - Richtungsentscheidung für Sachsen-Anhalt", der, mit wenigen Änderungen, die einstimmige Zustimmung der Delegierten fand.

Dazu sagte der Landesvorsitzende Sven Schulze wörtlich:

"Die katastrophale Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt bei den vergangenen Bundestagswahlen muss allen Demokraten zu denken geben. Das Bundestagswahlergebnis der Partei "Die Linke" in unserem Land, sie erzielte das beste Zweitstimmenergebnis aller Parteien, muss der Union Sachsen-Anhalt ein deutliches Warnsignal sein. Die CDU in unserem Bundesland ist daher gefordert, jetzt die notwendigen Schritte einzuleiten um für die Landtagswahlen 2011 gerüstet zu sein. Dazu gehört auch die Schärfung des wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Profils. Denn die Wählerinnen und Wähler müssen klar sehen, für welche Werte und Politik wir als Union stehen. Dabei steht die Landtagsfraktion in der Verantwortung als politische Avantgarde zu fungieren.

Wir werden uns jetzt aber als JU nicht an der Personaldebatte beteiligen, sondern uns in diesen Fragen in den dafür zuständigen Gremien aktiv einbringen. Neben diesen organisatorischen Aufgaben gilt es

auch wieder den Dreiklang aus Wirtschaft, Bildung und Familie zu erreichen. Dazu gehört ein aktiver Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels, die Stärkung des Wirtschaftsstandorts genauso wie ein leistungsgerechtes Bildungssystem", sagte Schulze.

In seinem Grußwort betonte Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, dass sich Arbeit lohnen muss und die Politik die Rahmenbedingungen so zu setzen hat, dass Chancengerechtigkeit nicht nur eine Worthülse sondern gelebte Realität ist. Den Anspruch der CDU als die Sachsen-Anhalt-Partei machte der CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel deutlich. Was die Diskussion über einen Spitzenkandidat angeht, machte er deutlich, dass egal wie die Entscheidung ausfallen sollte, die Partei geschlossen hinter dieser Person stehen muss.

Der Vorsitzende des CDU-Landtagsfraktion Jürgen Scharf verwies auf die großen Anstrengungen in Fragen des Doppelhaushaltes



2010/2011 und Umsetzung der Zwangsphase bei der kommunalen Neugliederung. Eine weitere Ansprache hielt der Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Reiner Haseloff. "Das Jahr 2010 ist das entscheidende Jahr für die nächste Landtagswahl", so der stellv. CDU-Landesvorsitzende. Er sprach sich auch für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems aus. Des weiteren unterstützte er das Bekenntnis der JU zu einer wertkonservativen Politik und warnte vor einem Links-

ruck in der politischen Landschaft. Ehrengast beim Landestag war der ehemalige Beauftragte Ost unter Bundeskanzler Helmut Kohl und heutige Präsident des Europäischen Bahnverbandes Dr. Johannes Ludwig. Er zog eine sehr persönliche Bilanz über die friedlichen Revolution und die anschließenden Wendejahren mit all ihren Schwierigkeiten aber auch positiven Erlebnissen. Gäste waren auch die Landesvorsitzende der Frauen-Union, Eva Wybrands, Landtagspräsident Dieter Steinecke sowie die Landtagsabgeordneten Markus Kurze, Peter Rotter und Daniel Sturm.

Weitere Beschlüsse behandelten die Themen Vernachlässigung der Polizei bzw. der Inneren Sicherheit in Sachsen-Anhalt durch das zuständige Innenministerium, die Forderung Sachsen-Anhalt zur Modellregion für den Bürokratieabbau zu machen sowie die Frage der Behandlung des DDR-Unrechtsregimes im Schulunterricht.

Tobias Krull

Eva Wybrands bestätigt

Der Landesdelegiertentag der Frauen Union Sachsen-Anhalt wählte einen neuen Vorstand. In ihrem Amt als Landesvorsitzende wurde Eva Wybrands mit großer Mehrheit bestätigt. Daneben vertreten als Schriftführerin Evelyn Hübner und als Beisitzerin Sabine Wölfer im 15köpfigen Vorstand der FU Sachsen-Anhalt den Kreisverband Magdeburg.

Mit ihrem Leitantrag "Kinderschutz ohne Grenzen realisieren" fordert

die FU die Landesregierung auf, die Kontakte zur EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und zu Interpol zu nutzen, um einen europäischen Dialog über die interregionale Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet zu initiieren. Damit soll die Weiterentwicklung der Auswertungs- und Koordinierungsstelle Kinderpornografie im Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt zu einer europäischen initiiert werden.

Renate Röhr

Sozialausschüsse wählen

Die Christlich-Demokratischen Arbeitnehmererschaft (CDA) wählte in Halle/Saale einen neuen Vorstand. Wiedergewählt zum Landesvorsitzenden wurde Uwe Bruchmüller mit dem Spitzenergebnis von 96 Prozent.

Dem 20köpfigen Vorstand gehören mit Gabriele Wronna (2. stellv. Landesvorsitzende), Alexandra Mehner, Andreas Fiebig, Jürgen Scharf MdL und Josef Schwenke fünf Mitglieder der Magdeburger CDU an.

Entschieden wandten sich die CDU-Sozialausschüsse gegen die Einführung einer Kopfpauschale nach FDP-Vorstellungen. Dieser Weg zur Finanzierung des Gesundheitssystems ist weder politisch zu verantworten noch sozial gerecht.

An der Diskussion nahmen u. a. der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Bergner MdB, sowie der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Thomas Pleye, teil.

T. Krull

Schäuble: Wachstum stärken und Haushalt konsolidieren 2013 will Deutschland wieder den EU-Stabilitätspakt einhalten

Die einsetzende wirtschaftliche Erholung bedeutet nicht, dass es eine "größere finanzpolitische Manövriermasse" gebe, betonte der Finanzminister. Dies hätten auch die jüngsten Steuerschätzungen ergeben. So werde der Schuldenstand Deutschlands im Jahr 2011 auf fast 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigen. Vor diesem Hintergrund bestehe das Hauptziel der finanzpolitischen Strategie der Bundesregierung darin, Wachstum zu stärken und alles für einen selbsttragenden Aufschwung zu tun. Im Kern gehe es der Bundesregierung also darum, mittels einer wachstumsorientierten Steuerpolitik zusätzliche finanzielle Spielräume zu eröffnen.

Diesem Vorhaben diene das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das bereits zum 1. Januar 2010 in Kraft treten soll: Es wird



Bundesfinanzminister Schäuble: Wachstumsbeschleunigungsgesetz soll selbsttragenden Aufschwung sichern. Foto: CDU

die Bürger um rund 8,5 Milliarden Euro entlasten. Hinzu kommen Entlastungen in Höhe von 14 Milliarden Euro, die bereits die Große Koalition für das kommende Jahr beschlossen hatte. Vor allem Familien sollen davon profitieren:

Im Einzelnen werden die Kinderfreibeträge für jedes Kind auf 7.008 Euro angehoben. Zugleich steigt das Kindergeld für jedes Kind um 20 Euro. Mit dieser sozial ausgewogenen Maßnahme wolle die Regierung vor allem die private Nachfrage stärken, betonte Schäuble.

Hinzu kommen gezielte Maßnahmen für Unternehmer: So soll eine Sofortabschreibung von Wirtschaftsgütern bis 410 Euro eingeführt werden. Alternativ dazu soll es auch möglich sein, einen Sammelposten für alle Wirtschaftsgüter zwischen 150 Euro und 1.000 Euro einzurichten. Außerdem wird die Zinsschranke abgemildert. Daneben sollen Hoteliers und Gastronomen künftig vom ermäßigten Mehrwertsteuersatz profitieren. Unter Wettbewerbsgesichtspunkten sei diese Maßnahme "angemessen und vertretbar",

unterstrich der Minister.

In diesem Zusammenhang machte der CDU-Politiker deutlich, dass eine auf Wachstum ausgerichtete Steuerpolitik nicht im Widerspruch zur Konsolidierungspolitik stehe. "Beides ist notwendig", mahnte Schäuble. Für das Jahr 2011 kündigte er eine Rückkehr zum Konsolidierungskurs an. "Wir werden wie von der EU-Kommission empfohlen 2011 mit der Konsolidierung anfangen". Bis 2013 sollen wieder die Vorgaben des EU-Stabilitätspakts eingehalten werden, wonach das Defizit nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen darf. Im Kampf gegen die Krise seien die expansiven Schritte unvermeidbar gewesen, "aber sie sind auf Dauer nicht durchhaltbar", betonte der Finanzminister. Auch mit Blick auf die Währungsstabilität wäre dies nicht sinnvoll.

Sabine Wölfer weiter an der Spitze in Magdeburg-Süd



Ortsverbandsvorsitzende Sabine Wölfer wurde einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Foto: privat

Beim CDU-Ortsverband Magdeburg-Süd wurde am 11.11.2009 turnusgemäß ein neuer Vorstand gewählt. Bei der Wahl wurde die bisherige Ortsverbandsvorsitzende Sabine Wölfer einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Die freiberufliche Versicherungsmitarbeiterin ist daneben auch Kreisvorsitzende der Frauen Union und stellv. Kreisvorsitzende der CDU in Magdeburg.

Zu ihren Stellvertretern wurden Tobias Krull (JU-Kreisvorsitzender) und Tino Sorge bestimmt. Die Funktion des Schriftführers übernimmt, auf einstimmigen Beschluss der Anwesenden, Stefan Hörold. Der Vorstand wird durch die vier Beisitzer Diana Lahn, Jörg Lahn, Stadtrat Frank Schuster und Landtagspräsident Dieter Steinecke MdL komplettiert.

Eine ganz besondere Ehrung für sein politisches Schaffen erhielt der Stadtrat Gunter Schindehütte, der einstimmig zum Ehrenvorsitzenden des CDU-Ortsverbandes Magdeburg-Süd gewählt wurde. Damit wurde sein jahrelanges, erfolgreiches politisches Engagement vor Ort als Stadtrat und als aktives Mitglied des Ortsverbandes gewürdigt. So hat er maßgebliche Impulse für die Entwicklung der Bildungslandschaft in der Landeshauptstadt gegeben. Zur weiteren Arbeit des CDU-Ortsverbandes erklärt die wiedergewählte Vorsitzende Sabine Wölfer: "Die relativ niedrige Wahlbeteiligung an demokrati-

schen Prozessen, wie Wahlen, zeigt, dass es Probleme bei der Vermittlung von politischen Zielen und Inhalten gibt. Wir wollen deshalb noch stärker als bisher vor Ort Präsenz zeigen und den Bürgern für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen.

Daneben gilt unsere besondere Aufmerksamkeit der Neugestal-

tung der Stadtquartiere Reform und Schilfbreite im Rahmen des Stadtumbau Ost sowie die weitere Qualifizierung der übrigen Wohngebiete in diesem Stadtgebiet. Dazu gehört auch die Frage der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sowie der sich daraus ergebenden Verkehrsströme."

Doris Memmler



Sabine Wölfer gratuliert dem Ehrenvorsitzenden des Ortsverbandes Magdeburg-Süd Gunter Schindehütte. Foto: Tobias Krull

Der Vertrag von Lissabon - Garant für die Zukunft Europas



Dr. Horst Schnellhardt, MdEP.

Nachdem auch das letzte europäische Staatsoberhaupt, der tschechische Präsident Vaclav Klaus, seine Unterschrift geleistet hatte, trat der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft. Damit geht ein langjähriger und langwieriger Prozess zu Ende, der mit der Erklärung von Laeken im Dezember 2001 seinen Anfang nahm.

Viele der heute meist globalen Herausforderungen, wie die Gewährleistung von Energieversorgungssicherheit, die Globalisierung der Wirtschaft, der Klimawandel und die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und internationalem Terrorismus lassen sich nur gemeinschaftlich meistern. Gleichzeitig erfordern die Erweiterungen der letzten Jahre und die voranschreitende europäische Integration die Weiterentwicklung der Arbeitsgrundlage der Gemeinschaft. Der Vertrag von Lissabon erfüllt diese Voraussetzungen.

Er macht deutlich, dass die EU kein zentralisierter Superstaat ist. Vielmehr gilt der Grundsatz der übertragenen Zuständigkeiten. Das bedeutet, dass die Union nur die Zuständigkeiten besitzt, die ihr von den Mitgliedsstaaten übertragen werden. Darüber hinaus gilt weiterhin uneingeschränkt das Prinzip der Subsidiarität sowie der Verhältnismäßigkeit. Erstmals können Kompetenzen der EU auch wieder auf die nationale Ebene zurückverlagert werden.

Die wichtigsten Grundsätze des Vertrages von Lissabon sind mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Effizienz.

Für Europa besonders wichtig ist die Stärkung der Demokratie. Im Gesetzgebungsverfahren spielt das Mitentscheidungsverfahren eine dominierende Rolle. Infolgedessen wird das Europäische Parlament ein gleichwertiger Gesetzgeber für bis zu 95 Prozent der gesamten europäischen Gesetzgebung.

Eine besondere Stärkung des Europäischen Parlamentes stellt die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission dar. Der Kandidat wird vom Europäischen Rat vorgeschlagen, wobei das Ergebnis der Europawahlen berücksichtigt wird, das heißt, die stärkste Fraktion stellt den Kommissionspräsidenten aus ihrem politischen Lager. Damit gewinnt die Europawahl wesentlich an Bedeutung.

Erstmals in der europäischen Geschichte sind die Bürger der Europäischen Union in der Lage, direkten Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren zu nehmen. Eine Million Bürger aus verschiedenen Mitgliedstaaten können die Kommission direkt auffordern, eine Gesetzesinitiative einzuleiten.

Ein wesentlicher Kritikpunkt an der Arbeit in der Europäischen Union stellt die geringe Beteiligung nationaler und regionaler Institutionen dar. Sehr häufig können Entscheidungen der Europäischen Union erst zur Kenntnis genommen werden, wenn eine Einflussnahme auf den Gesetzestext nicht mehr möglich ist. Durch die Aufnahme der Verpflichtung, dass die Kommission Entwürfe von Regelungen den nationalen und regionalen Parlamenten zur Kenntnis geben muss, bevor das Gesetzgebungsverfahren beginnt, wird dieser Mangel zu 100 Prozent behoben. Eine Landesregierung mit ihrem Potenzial an Verwaltungskräften ist sicher in der Lage, die Gesetzesvorhaben inhaltlich auf ihre Wirkung auf nationale Besonderheiten zu prüfen.

Ein Ausdruck von Demokratie, sehr wohl im negativen Sinne, ist die Möglichkeit des Austritts eines Landes aus der Europäischen Union. Sicher ein kaum zu erwartendes Ereignis, aber trotzdem wird damit die Entscheidungsfreiheit des Mit-

gliedstaates vollumfänglich gewahrt. Dagegen ist ein Ausschluss eines Mitgliedstaates aus der Gemeinschaft gegen seinen Willen, so gut wie unmöglich.

Mehr Transparenz wird es vor allem im Ministerrat geben. Während das Europäische Parlament seit jeher öffentlich tagt, treffen sich die Ressortminister und Staats- und Regierungschefs regelmäßig hinter verschlossenen Türen. Das hat sich seit dem 1. Dezember 2009 geändert. Auch der Ministerrat trifft seine Entscheidungen nun öffentlich. Es sorgt für mehr Transparenz, wenn nachgelesen werden kann, wie sich die Minister zu bestimmten Dossiers positioniert haben.

In punkto Effektivität bringt der Vertrag von Lissabon deutliche Verbesserungen. Das Verfahren der Mehrheitsentscheidungen wird im Ministerrat die Regel (95 Prozent der Entscheidungen). Blockaden einzelner Mitgliedstaaten sind nicht mehr möglich. Ab 2014 wird das Prinzip der doppelten Mehrheit eingeführt. Das heißt, dass für einen Beschluss mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen, zustimmen müssen. Dadurch können Entscheidungen seltener durch Vetos blockiert werden. Durch diese neue Regelung wird die Koalitionsbildung zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten, bzw. zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten erschwert. Einen Kuhhandel um Mitternacht zwischen Ländern, die untereinander so genannte Pakete (package deals) geschnürt haben, wird es zukünftig seltener geben können.

In Zukunft wird der Europäische Rat von einem Vorsitzenden, dem "Präsident des Europäischen Rates" geleitet. Er wird für zweieinhalb Jahre von den Staats- und Regierungschefs gewählt. Das bisherige System der rotierenden Ratspräsidentschaft der Staats- oder Regierungschef wird dadurch abgeschafft. Damit ist mehr Kontinuität in der Arbeit des Rates zu erwarten. Die halbjährlich wechselnden Präsidentschaften führten häufig zum abrupten Wechsel von Schwerpunktthemen. Dieses war der

europäischen Entwicklung nicht immer zuträglich.

Ein wesentliches Manko der europäischen Politik war bisher seine Schwäche in der Außendarstellung. Durch zersplitterte Institutionen konnte von einer Außenpolitik kaum zu sprechen sein, so dass die Aussage vom ehemaligen amerikanischen Außenminister Kissinger: "Europa ist telefonisch nicht erreichbar. Es hat keine Telefonnummer" bis heute seine Gültigkeit behalten hat. Dass der zukünftige Vertreter der Union nicht Außenminister sondern Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik heißen soll, ist lediglich Ausdruck übertriebener Befindlichkeiten der Mitgliedstaaten, hat aber wenig Einfluss auf das Wirkungsspektrum dieses Amtes. Es ist zu erwarten, dass die EU mit diesem Amt stärker und erfolgreicher auf Entwicklungen in der Welt Einfluss nehmen kann und auch in Krisenherden in der Lage sein wird, Einfluss zu nehmen. Das setzt natürlich voraus, dass die Außenminister der einzelnen Mitgliedstaaten sich den in der Gemeinschaft vereinbarten Vorgehensweisen unterordnen. Durch den Lissabonner Vertrag wurden Verfahren bei der Erweiterung konkretisiert. So wurde der Kritik der Bürger in der Europäischen Union über eine grenzenlose Erweiterung Rechnung getragen, indem Beitrittskandidaten sich für die aktive Förderung der Werte der EU einsetzen müssen, anstatt sie wie bisher lediglich zu respektieren. Außerdem erhielten die vom Europäischen Rat beschlossenen Kriterien zur Erweiterung - die Kopenhagener Kriterien - Vertragsstatus.

Auch die explizite Nennung der Bereiche Asyl, Einwanderung sowie Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität wird den Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gerecht.

Es ist einzuschätzen, dass der Lissabonner Vertrag den Realitäten in der EU und in der Welt entspricht und wesentlich zur Vertiefung und Entwicklung der Gemeinschaft und der Institutionen beitragen wird.

Dr. Horst Schnellhardt, MdEP

Oberbürgermeister Lutz Trümper deckt Brüning

Da hieß es doch vor geraumer Zeit, dass die CDU der Schuldige sei, den linken Herrn Brüning zum Sozialbeigeordneten mit gewählt zu haben. Die aktuellen Ereignisse lassen jedoch sehr stark vermuten, dass dies von Herrn Dr. Trümper so dargestellt wird, um von der eigenen Strategie abzulenken. Aktuelles Beispiel ist die Vergabe von Leistungen für ein Sozialmonitoring. Der Stadtrat wurde mit einer Vergabe in Höhe von höchstens 40.000 Euro an ein Leipziger Institut befasst, obwohl in Magdeburg zwei weitere Institute in Frage gekommen wären. Das hatte dann auch die CDU/BfM-Fraktion aufgegriffen und beantragt sowie der Stadtrat am 08.10.09 beschlossen. Danach waren Uni und die

Fachhochschule Magdeburg einzubeziehen und die Drucksache wurde an die Verwaltung und damit an den Oberbürgermeister zurückverwiesen.

Zwischen der Stadt und den Magdeburger Hochschulen bestehen Kooperationsverträge, die kostengünstig zugunsten der Stadt genutzt werden sollten. Weder der Sozialbeigeordnete, noch der für diesen skandalösen Vorgang verantwortliche Oberbürgermeister Dr. Trümper (SPD), widersprachen der Argumentation, noch dem Beschluss des Stadtrates, auch nicht am 12.10.09, wo die Fortsetzung der Stadtratssitzung stattfand. Am 13.10.09 fand nun die wöchentliche Beratung des Oberbürgermeisters mit seinen Bei-

geordneten und der Verwaltung statt. Plötzlich trat auf die Anfrage des Stadtrates Michael Hoffmann (CDU/BfM) zu dem Komplex Sozialmonitoring eine Stellungnahme des Sozialbeigeordneten Brüning zu Tage, in der ausgeführt wird, dass die Vergabe an das Leipziger Institut bereits am 18.06.2009 erfolgt sei.

Nun schlug dies dem Fass den Boden aus. Der Oberbürgermeister nahm das, wie häufig in seiner Arroganz, zur Kenntnis, widersprach dem Stadtratsbeschluss nicht, deckt damit den Sozialbeigeordneten Brüning und damit aber auch seine eigenen Unzulänglichkeiten. Damit macht die SPD in Magdeburg gleiche Sache mit den Linken. Das ist schon beachtlich, wo die SPD sich

doch so abgrenzen möchte. Am 05.11.09 musste nun der Stadtrat zähneknirschend der Drucksache nach entsprechender Diskussion folgen.

Die Diskussion zeigte durch die CDU auf, dass mit einem sehr geringen Rücklauf und damit auch einer Nichtverwertbarkeit der Ergebnisse zu rechnen ist. Diese Vergabe ist damit Steuergeldverschwendung. Mit diesen Mitteln wäre eine Beleuchtung des Magdeburger Ringes für ein ganzes Jahr gesichert und viel sinnvoller, als eine nicht verwertbare Studie, womit ein Leipziger Institut von der SPD und den Linken gesponsert wird.

*Michael Hoffmann
Stadtrat CDU/BfM*

Heynemann: "Danke für die Wahlkampfunterstützung"

Am 27. September 2009 wurde der 17. Deutsche Bundestag gewählt. Seit meiner Nominierung als Kandidat der CDU für den Bundestagswahlkreis 70 (Magdeburg und Altkreis Schönebeck) im Juni 2008 habe ich mein Möglichstes getan, um dieses in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Nach der Aufstellung der Landesliste der CDU und meinem dortigen Ergebnis habe ich diese Anstrengungen zur Gewinnung des Direktwahlkreises noch einmal verstärkt. Trotz aller Bemühungen ist es mir bzw. der CDU nicht gelungen, den Bundestagswahlkreis zu gewinnen. Schlussendlich fehlte 1 Prozent für den Sieg.

In den Wochen des Wahlkampfes



Höhepunkt des Bundestagswahlkampfes war der Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 9. September auf dem Domplatz, als tausende Magdeburger ihre Sympathie für die CDU und Kanzlerin Merkel bekundeten.

Foto: Tobias Krull

habe ich, mit wenigen Ausnahmen, viel Unterstützung erfahren. Egal ob es um die Plakatierung, die Besetzung von Infoständen

oder die Absicherung der Großveranstaltung mit dem Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Magdeburger

Domplatz ging, es fanden sich immer Mitglieder und Unterstützer der CDU, die ihre Zeit und Kraft entsprechend einsetzten.

All diesen ehrenamtlichen Helfern, aber auch insbesondere dem Team der CDU-Kreisgeschäftsstelle, möchte ich ganz herzlich für ihr Engagement danken. Ohne ihre Mithilfe wäre es unmöglich gewesen, einen solch intensiven und aufwändigen Wahlkampf zu führen. Gleiches gilt ebenso für die Sponsoren, ohne die ein Wahlkampf in seinen heutigen Dimensionen nicht zu organisieren wäre. Ich verspreche, mich in meiner weiteren politischen Arbeit für dieses gezeigte Vertrauen in mein Person dankbar zu zeigen. *Bernd Heynemann*



Küchen - Elektrogeräte - Kochen

KCT KÜCHEN
TECHNIK
TRIEBEL
Fachhandel & Kundendienst

Halberstädter Str./Klausenerstr. 1
39112 Magdeburg

Tel. 0391 6224459
Fax 0391 6224416
E-Mail: triebel@kuechen.de
www.triebel.kuechen.de

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 10:00-18:30 Uhr, Sa auf Anfrage
Beratungstermine nach Vereinbarung
auch außerhalb der Öffnungszeiten.

im musterhausküchen FACHGESCHAFT
Küchen Technik Triebel

Starker Stimmenzuwachs reichte nicht für Direktmandat

Nun liegen die Wahlen zum Deutschen Bundestag und einige Landtagswahlen viele Wochen zurück. Im Bund konnten die Wunschpartner CDU/CSU und FDP eine Regierung bilden, in Thüringen und im Saarland kann die CDU weiter die Regierung führen, musste jedoch in schwierige Koalitionen einwilligen.

Zum Bund: Wahlnachfragen ergaben, dass sich jeder dritte Wähler erst eine Woche vor der Bundestagswahl entschieden hat. Die Bürger setzten ihre Stimme zum Teil taktisch ein, um Kanzlerin Merkel das Weiterregieren zu sichern, aber die Koalition aus CDU/CSU und SPD zu beenden. CDU und CSU sind wohl derzeit in Deutschland die einzigen Volksparteien. In einem Fünfparteien-Spektrum ist eine Koalitionsbildung jedoch schwieriger geworden und die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP haben gezeigt, es ist keineswegs einfacher, mit der FDP eine Koalition zu bilden. Es haben sich allerdings die Hauptfelder der politischen Auseinandersetzung innerhalb der Koalition verlagert. Der Kanzlerin ist die notwendige

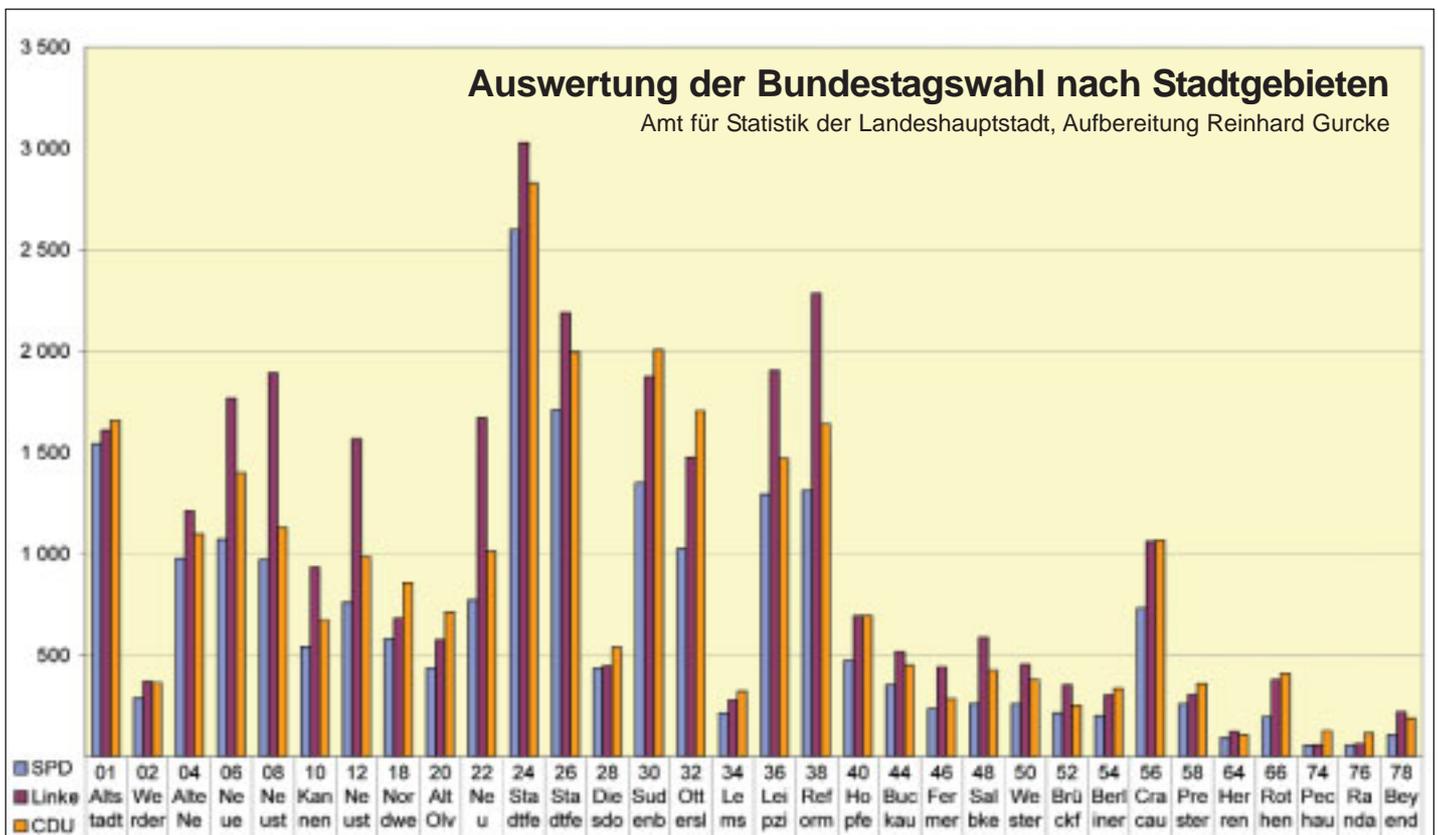
Mischung aus Konsequenz und Flexibilität zu wünschen, mit der sie Deutschland auch die letzten vier Jahre erfolgreich geführt hat. Nicht nur in Sachsen-Anhalt verlief die Hauptauseinandersetzung überraschender Weise nicht zwischen CDU und SPD, sondern zwischen CDU und Linkspartei. In den Erststimmen lag die CDU knapp vor der Linkspartei, in den Zweitstimmen lag jedoch als einziges Bundesland die Linke knapp vor der CDU. Die SPD stürzte regelrecht ab und wird sich neu finden müssen. Dieses ist übrigens auch im Sinne der CDU, denn aus prinzipiellen Gründen der parlamentarischen Demokratie sollte es der Regelfall sein, dass eine starke CDU und/oder eine starke SPD jeweils Regierung und Opposition dominieren. Nun ist es anders gekommen, die CDU errang vier Direktmandate, die Linkspartei fünf. Die CDU erreichte in Sachsen-Anhalt bei den Erststimmen ihren größten Zuwachs seit 1990. Dieses gilt besonders für den Wahlkreis Magdeburg und Altkreis Schönebeck. Hier legte die CDU bei den Erststimmen gegenüber 2005 sogar

um über 6 Prozent zu. Das heißt, unser bisheriger Bundestagsabgeordneter und Wahlkreis kandidat Bernd Heynemann erreichte im Bundestagswahlkreis 70 ein gutes Wahlergebnis und verfehlte bei ca. 153.000 abgegebenen Stimmen das Direktmandat um nur ca. 1.600 Stimmen. Im Erststimmenergebnis für die CDU fällt kein Bundestagswahlkreis eklatant ab. Die Unterschiede bewegen sich schon fast im zufälligen Bereich.

Dies heißt aber auch, dass Stadt und Land in Sachsen-Anhalt nicht gravierend unterschiedlich gewählt haben. Für die CDU heißt die Lehre: Die CDU kann in Sachsen-Anhalt nur Wahlen gewinnen, wenn sie eine Strategie aufstellt und umsetzt, die die CDU im ganzen Land gleichermaßen attraktiv macht. Da sich die Bindung des Wählers an Parteien zu verflüchtigen scheint und die Bereitschaft, seine Stimme taktisch abzugeben, zunimmt, können wir uns eine Auffassung, dass die CDU angeblich die Partei des ländlichen Raumes sei, nicht länger leisten. Ansonsten gibt die CDU rund 20 Prozent Wählerpo-

tenzial auf.

Die CDU-Mitglieder in Magdeburg und im Altkreis Schönebeck unterstützten unseren Kandidaten Bernd Heynemann gleichermaßen. Plakatierung und Verteilung von Werbemitteln zeugten von unserer Organisationsstärke. Großplakate stellen sich als zunehmend wichtiger heraus. Zukünftig werden wir noch mehr Wert auf den Internetwahlkampf legen. Die Großveranstaltung mit Angela Merkel und der Besuch von Ministerpräsident Roland Koch werden vielen noch in guter Erinnerung sein. An Wahlveranstaltungen dieser Art wollen wir auch in der Zukunft anknüpfen. Gedankt sei vor allem den Ortsverbänden, die mit ihren Wahlkampfständen die unverzichtbare Bürgernähe erzeugten. Bernd Heynemann organisierte zusammen mit dem Kreisvorstand einen professionellen, engagierten Wahlkampf. Es ist schade, dass er nicht gewählt wurde. Wir können aber sicher sein, dass er sich weiter engagiert für die Sache der Christlichen Demokraten in Magdeburg und darüber hinaus einsetzen wird. *Jürgen Scharf*



Termine

weiter März 2010

17.03.2010, 10.00 Uhr
Senioren Union
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
Fürstenwallstraße 17

31.03.2010

18.00 Uhr
OMV
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle

Polnischer Botschafter sprach zum Volkstrauertag

Der polnische Botschafter Dr. Marek Prawda war in diesem Jahr Gastredner der Gedenkveranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Landtag. In seiner Ansprache betonte Prawda, dass sich 90 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges das Gesicht Europas gewandelt habe. Polen und Deutsche könnten gemeinsam mit ihren Nachbarn die Zukunft des Kontinents in Freiheit gestalten. Dies sei Chance und Verpflichtung zugleich.

Landtagspräsident Steinecke erklärte in seinem Amt als Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge: "Soldatengräber sind die eindringlichsten Mahnmale für den Frieden. Nie mehr dürfen junge Menschen sinnlos für rassistische Wahnvorstellungen in den Tod geschickt werden. Politik und Gesellschaft müssen alles daran setzen, um das friedliche Zusammenleben dauerhaft zu sichern." Im Anschluss nahm der Landtagspräsident gemeinsam mit Vertretern aus Politik, Gesellschaft, der Kirchen und der Bundeswehr an einer Kranzniederlegung auf dem Westfriedhof teil. Für die CDU/BfM-Fraktion im Stadtrat legte der Vorsitzende Wigbert Schwenke einen Kranz nieder.

Andreas Kern

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisverband Magdeburg
39104 Magdeburg,
Fürstenwallstraße 17, 4. OG
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:

Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.),
Tobias Krull, Thomas Nawrath
und Andreas Kern

Layout/Satz:

Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign
Tel. 0175 7670051

Druck:

Harzdruckerei Wernigerode
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich

Piratenpartei - die Populisten des Internets

Fast 3 Prozent der Magdeburger und 2 Prozent aller Bundesbürger haben sie gewählt, die "Piratenpartei" und haben damit zweierlei signalisiert: Zum einen, dass das Internet für eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern mehr und mehr zum Thema wird und zum anderen, dass mit dieser "neuen Welt" auch neue Fragen entstehen, auf die man Antworten sucht. Die "Piraten" liefern scheinbar solche Antworten und vermischen in ihnen geschickt populär, alte Ängste einer totalen Überwachung (George Orwell "Big Brother") mit den neuen Medien und digitalen Welten. Worin aber liegt der Grund, dass Wählerinnen und Wähler solchen populistischen Ansätzen folgen und diese nur bedingt hinterfragen? Die Botschaften bestehen in der Regel aus zwei Teilen:

1. "Wir sind dagegen!" Gegen den scheinbar übermächtigen Staat (passt auch gut zum Begriff "Piraten")
2. Für politische Absolution: Wenn Du Musik und Computerprogramme kopierst, bist Du nicht wirklich kriminell, weil da böse Monopolisten am Werk sind!

In den Piratenbotschaften werden Fakten dann auch gerne schon mal kräftig durcheinandergewirbelt, da wird über das Bürgerrecht der informationellen Selbstbestimmung gesprochen und gleichzeitig werden Fälle von Datenmissbrauch durch Unternehmen angeprangert. Die Tatsache, dass als Bürgerrechte nur solche bezeichnet werden, die sich auf das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat beziehen und weniger auf das Verhältnis von Bürgern unterein-

ander, wird nicht erwähnt. Vor Datenmissbrauch schützt eben nur Selbstschutz durch informiertes Handeln, eine klare Gesetzeslage und eine fitte Kriminalpolizei!

Einfache Antworten auf komplizierte Fragen - so funktioniert Piratenpolitik!

Dabei werden Begriffe wie Vorratsdatenspeicherung, totale Überwachung, Datenschutz und Online-durchsuchung munter verwandt, um Unsicherheit zu erzeugen. Was die Piraten damit allerdings geschafft haben: ihnen wird eine Art "Internetkompetenz" zugebilligt. Geht es um die Weiten des "world wide web" traut man ihnen eine entsprechende Lagebeurteilungsfähigkeit zu. Gerade die haben sie jedoch nicht - die Piraten sind eine Protestpartei - sie sind "dagegen". Dagegen, dass in einem scheinbar freien Raum Gesetze eingeführt und auch durchgesetzt werden - es sind sozusagen Anarchisten, die sich in der digitalen Welt an keine Regeln halten wollen. In einer Demokratie jedoch kann das Internet kein rechtsfreier Raum sein. Was im realen Leben gesetzeswidrig ist, kann im Netz nicht legal sein. Es geht darum, wie auch im wirklichen Leben, soviel Freiheit wie möglich zu erhalten ohne sich schutzlos Verbrechern auszuliefern. Je mehr sich die digitale Welt mit der realen verzahnt, desto drängender wird es, bestimmte Vorgänge im Netz zu regeln, ohne die Freiheit des Einzelnen zu stark zu beschneiden. Auch wer kein direkter Internetnutzer ist, ist betroffen. Wer zum Beispiel in Magdeburg Geld bei der Sparkasse abhebt ist schon im Netz. Wer im Spanienur-

laub mit seiner Kreditkarte den hervorragenden spanischen Wein bezahlt hat, kann Opfer von Internetkriminalität werden. Der Ganove aus Übersee erwirbt möglicherweise mit Daten, die er via Internet in Magdeburg gestohlen hat, bei einem großen Versandhaus in Österreich einen Kleinwagen. Der Kriminalist, dem sie eine solche Geschichte dann zur Anzeige bringen, steht vor einer ganzen Reihe von Problemen. All dies sind nur Beispiele für eine Vielzahl von Gefahren, die in der digitalen Welt lauern. Darüber hinaus gibt es aber auch eine ganze Reihe von Freiheiten, auf die wir nicht verzichten wollen und sollen. Wie einst, als Europa mobil wurde, als die Autos immer mehr Raum in unserem Leben einnahmen, müssen wir uns informieren und müssen über Gefahren unterrichtet werden. Damals gab es Sendungen wie den "7. Sinn", in dem über die Gefahren des Straßenverkehrs aufgeklärt wurde. So etwas braucht es auch für das weltweite Netz. Nüchterne Analysen und Handlungsempfehlungen für alle die, die nicht die Zeit haben jeder digitalen Entwicklung zu folgen.

Was wir tatsächlich nicht brauchen sind anarchistische Populisten. Es liegt an den bürgerlichen Kräften und diese sind dabei auch gefordert, die digitale Welt nicht Gesetzlosen zu überlassen - Piraten gehören in die Geschichtsbücher nicht auf hohe See und auch nicht ins "WWW"!

Peter Gräber

Der Autor ist Kriminalist im Landes-kriminalamt Sachsen-Anhalt und Mitglied der CDU Ostelbien.

Tor zu Freiheit und Demokratie aufgestoßen

An der einstigen Grenzübergangsstelle Marienborn feierten am 9. November 2009 die Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen gemeinsam den 20. Jahrestag des Mauerfalls. An einem gemeinsamen Festakt nahmen die Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer und Christian Wulff, Landtagspräsident Dieter Steinecke und der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Jürgen Scharf teil. Steinecke und Scharf besuchten zuvor gemeinsam mit anderen Mit-

gliedern der Ältestenräte der Landtage von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen verschiedene Orte entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze. Nach einer gemeinsamen Sitzung im Rathaus von Helmstedt, in der es u. a. auch um Erwartungen und Erfahrungen der deutschen Einheit ging, waren die Abgeordneten im Zonengrenz-Museum Helmstedt, am Grenzdenkmal Hötenleben und in der Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn zu Gast.

Im Landtag erklärte Steinecke: "Der 9. November 1989 ragt positiv aus der jüngeren deutschen Geschichte heraus. Ich wünsche uns und unseren Kindern, dass sich das Tor zu Demokratie und Freiheit, das die Bürgerinnen und Bürger der DDR im Herbst 1989 aufgestoßen haben, nie wieder schließt. Und dass wir die Sicherung demokratischer Strukturen als ständige Aufgabe begreifen, die niemals abgeschlossen sein kann." *Andreas Kern*

Neuer Gedenkort für ehemalige Zwangsarbeiter eingeweiht



Am Vortag des Volkstrauertages wurde am "Feld der Vereinten Nationen" auf dem Westerhüser Friedhof ein metallenes Namensbuch zum Gedenken an die dort beigesetzten mehr als 800 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen eingeweiht. Der Landesvorsitzende

des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Landtagspräsident Dieter Steinecke, legte gemeinsam mit dem 1. Bürgermeister der Landeshauptstadt, Dr. Rüdiger Koch, Kränze zum ehrenden Erinnern nieder. Neben Vertretern der russischen und der ukrainischen Bot-



schaft waren der Beigeordnete Klaus Zimmermann, mehrere Stadträte, Vertreter des Volksbundes, Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Südost und etliche Bürger anwesend. Präsident Steinecke dankte

auch den Sponsoren und dem Stadtgartenbetrieb, die den neuen Gedenkort erst ermöglicht hatten. "Damit geben wir den Toten ihre Namen zurück", sagte Steinecke.

Text/Fotos: Thomas Nawrath

20 Jahre friedliche Revolution

Aus diesem Anlass fand der zentrale Festakt des Landes Sachsen-Anhalt am 9. Oktober im Magdeburger Dom statt. Mehr als 1000 Menschen kamen an den Ort, an dem vor 20 Jahren mehrere tausend Magdeburgerinnen und Magdeburger ihren Wunsch nach Freiheit durch eine mächtige Versammlung Ausdruck verliehen. Wie in Leipzig erklangen auch in den Magdeburger Straßen bei den Montagsdemonstrationen die Rufe nach Veränderungen. Wo könnte man also besser an die friedliche Revolution erinnern als im Dom. Neben vielen Menschen, die damals persönlich mit dabei waren, sprach auch Ministerpräsident Böhmer zu den Anwesenden.

Alle Redner bei diesem Festakt erinnerten an die glücklichen Fügungen, die es verhinderten, dass die Reformbestrebungen unter den

Knüppeln oder Gewehr- und Pistolensalven der DDR-Sicherheitsorgane untergingen. Denn auch in Magdeburg standen am 9. Oktober mehrere tausend Bewaffnete bereit, gegebenenfalls mit Waffengewalt die Demonstration zu beenden. Stattdessen wurde dieser Tag zum Anfang des Endes des DDR-Unrechtsstaates. Ein Prozess, der mit der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands endete. Alle, die jetzt einen unverkrampften Umgang mit den politischen Erben der SED fordern, sollten sehr genau den Reden der Menschen zuhören, die damals wegen ihres Freiheitswillens um Leib und Leben fürchten mussten. Nach dem Ende des Festaktes ging es in einem Kerzenmarsch zum Magdeburger Bürgerdenkmal, welches an diese Ereignisse erinnert.

Text/Foto: Tobias Krull






Ihr Partner für Schönheit und Schutz!

39245 Gommern • Brauhausstr. 24

www.maler-zahn.de

CDU-Ball 2009 - Tanzen auf den Fluten der Elbe



Dicht gedrängt und bei guter Stimmung waren rund 90 Freunde und Mitglieder der CDU-Magdeburg mit der MS "Sachsen-Anhalt" unterwegs.
Fotos: Thomas Nawrath

In diesem Jahr wagte sich der CDU-Kreisverband Magdeburg mit seinem traditionellen Ball aufs Wasser, genauer gesagt auf die MS Sachsen-Anhalt der Weißen Flotte Magdeburg. Bereits am Nachmittag des 10. Oktober ging das Schiff mit rund 90 Vertretern aus Politik, Wirt-

schaft, Wissenschaft und Kultur - darunter auch viele Mitglieder und Sympathisanten der CDU - vom Petriförder auf große Fahrt. Zunächst fuhren wir auf der Stadtstrecke der Elbe stromauf bis nach Alt Salbke, wobei die Magdeburger Sehenswürdigkeiten sich aus einem nicht alltäg-

chen Blickwinkel präsentierten. Mancher Gast entdeckte bisher unbekannte idyllische Ecken. Auch die Weiterfahrt über die "große Acht" mit Abstiegskanal, Schleuse Rothensee, Trogbücke/Wasserstraßenkreuz, Schleuse Hohenwarthe, Elbe-Havel-Kanal, Schleuse Niegrüpp und dann wieder elbaufwärts bis zum Petriförder war ein Erlebnis.

Ganz nebenbei wurde das köstliche Buffet des Cateringunternehmens "An Bord" von Michael Schulze, "geplündert".

Für flotte Tanzmusik bis zum späten Abend sorgte ein DJ, so dass viele Gäste auch nach dem Anlegen am Petriförder noch an Bord blieben und den CDU-Ball auf der Tanzfläche ausklingen ließen.

Doris Memmler



Wir gratulieren

Oktober

Alfons Winter zum 84. Geburtstag
Günter Schwenke zum 81. Geburtstag
Walter Remmers zum 76. Geburtstag
Hans-Dieter Haake zum 72. Geburtstag
Adolf Kirschner zum 71. Geburtstag
Horst Luding zum 71. Geburtstag
Horst Seifert zum 70. Geburtstag
Lothar Melzer zum 67. Geburtstag
Rolf Frommhagen zum 67. Geburtstag
Beate Bautz zum 66. Geburtstag
Dr. Jürgen Siebert zum 66. Geburtstag
Dr. Holger Stein zum 65. Geburtstag

November

Margarete Haunschild zum 88. Geburtstag
Ursula Sens-Schönfelder zum 83. Geburtstag
Heinz Liese zum 79. Geburtstag
Eva-Margret Fritsche zum 77. Geburtstag
Roman Krajinski zum 71. Geburtstag
Wilfried Bautz zum 71. Geburtstag
Erika Erndt zum 70. Geburtstag
Rita Menz-Schüler zum 65. Geburtstag
Gunter Schindehütte zum 65. Geburtstag

Dezember

Erika Hollenberg zum 97. Geburtstag
Herta Herzig zum 86. Geburtstag
Christa Wolter zum 81. Geburtstag
Gerhard Jahnke zum 79. Geburtstag
Curt Riecke zum 78. Geburtstag
Bernadette Kulesa zum 74. Geburtstag
Hannelore Krajinski zum 73. Geburtstag
Joachim Marckstadt zum 73. Geburtstag
Ute Raabe zum 72. Geburtstag
Gerhard Hirschmann zum 70. Geburtstag
Werner Kühnel zum 69. Geburtstag
Herbert Becker zum 67. Geburtstag

Aktiv nicht nur in Magdeburg - die SeniorenUnion

Die SeniorenUnion, das sind wir CDU - Mitglieder der älteren Generation, die aus dem beruflichen Leben ausgeschieden sind und durchaus Interesse am politischen und geselligen Leben haben.

Einmal im Monat treffen wir uns, zum Teil in den Räumen der CDU, um politische Themen und deren Bedeutung zu erfahren und zu diskutieren. Erfahrene Mitglieder und Gastredner geben uns Hinweise und Informationen und beraten mit uns über wichtige Ereignisse und Entscheidungen.

Interessant waren auch die Informationen der verschiedenen Vereinigungen unserer Partei bei deren Vorstellung. Interessiert sind wir aber auch an der näheren und ferneren Umgebung. Wir haben in diesem Jahr wieder schöne Fahrten unternommen. Im Sommer ging es zu einer Kahnfahrt in den Spreewald. Die Besichtigung des Halber-



städter Domschatzes mit einem anschließenden Ausflug zum Kloster Huysburg waren beeindruckende Erlebnisse.

Selbstverständlich steht die kulturelle Entwicklung unserer Stadt Magdeburg im Mittelpunkt. Wir besuchen viele kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen unserer Heimatstadt. Beeindruckt waren wir von den prunkvollen Räumen des Palais am Fürstenwall, dem Sitz der Staatskanzlei in der Hegel-

straße, durch das uns unser Mitglied Magdalene Manns führte.

Für uns von unschätzbarem Wert war in diesem Monat die Besichtigung des Puppentheaters, die wir auf Einladung des Intendanten, Michael Kempchen, erleben durften.

Viele von uns hatten die Vorstellung "na ja Kasperle und Gretel", aber wir mussten und ließen uns eines Anderen belehren. Nach einer kurzen geschichtlichen Ein-

führung durch Michael Kempchen wurde im Fundus des Theaters gestöbert. Als wir dann kurz bei einer Probe zu dem neu inszenierten Stück "Heidi" mit dabei sein durften, begriffen wir, warum unser Puppentheater eine bedeutende Stellung in Deutschland, Europa und sogar der ganzen Welt hat. Wir wollten die Zuschauerplätze eigentlich nicht wieder verlassen. Das Interesse zum Besuch einer Vorstellung wurde geweckt. Auf jeden Fall wird in Kürze eine Vorstellung besucht! Was wir selbstverständlich auch allen anderen weiter empfehlen können.

Das alles ist ein Beleg, dass man auch im fortgeschrittenen Alter politisch und gesellig aktiv mit Gleichgesinnten bei der SeniorenUnion gut aufgehoben ist. Wir laden interessierte ältere Unionsfreunde und Gäste herzlich zu uns ein. Es lohnt sich!

Gerhard Häusler

<http://www.mitglied-werden.cdu.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen auf dem CDU-Mitgliederportal! Ich freue mich, dass Sie sich für eine Mitgliedschaft in der CDU interessieren. Auf dieser Seite finden Sie alle wichtigen Informationen hierzu.

Wenn Sie noch zweifeln, ob Sie wirklich Mitglied unserer Partei werden sollen, möchte ich Sie bitten, sich ausführlich über die CDU zu informieren – über ihre politischen Ziele wie auch über ihre Arbeitsweise. Sie werden feststellen: Christlich-demokratische Politik wird von Menschen für Menschen gemacht. Und als Mitglied der CDU können Sie diese Politik aktiv mitgestalten und Ihre Ideen einbringen. Wir sind eine echte Mitglieder-Partei: Beschlüsse wachsen bei uns vom Ortsverband bis in die Bundespolitik. Als Mitglied können Sie also etwas bewegen!

Natürlich freuen sich die CDU Deutschlands und ich ganz persönlich auch über den Schwung, den Sie uns mit Ihrem Eintritt auf den Weg geben. Deutschland hat schwierige Aufgaben vor sich: Wir müssen unsere Unternehmen stärken und



die Arbeitslosigkeit senken. Wir müssen die Schulden abbauen und die Sozialsysteme reformieren, damit sie auch in Zukunft soziale Sicherheit gewährleisten. Für diese Aufgaben brauchen wir die Unterstützung einer starken und aktiven CDU.

Ich lade Sie deshalb noch einmal herzlich ein, Mitglied der CDU zu werden. Bitte bringen Sie sich und Ihre Ideen in unsere Arbeit ein.

Herzlichst

Ihre Dr. Angela Merkel

Vorsitzende der CDU Deutschlands

Jetzt die Mitte stärken.
Mitglied werden.



Farbe bekennen. Mitglied werden.

Füllen Sie einfach das folgende Formular aus, drucken es aus und schicken Sie den unterschriebenen Mitgliedsantrag an die unten angegebene Adresse!

Auf geht's! So werden Sie Mitglied.

Ich beantrage die Aufnahme in die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und erkläre, dass ich keiner anderen Partei oder anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppierung oder deren parlamentarischen Vertretung angehöre.

Anrede: Herr Frau

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Wohnort:

E-Mail:

geboren am:

Staatsangehörigkeit:

Wir würden Sie gerne näher kennen lernen.

Die nachfolgenden Angaben sind freiwillig.

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Angestellte(r) | <input type="checkbox"/> selbstständig/freiberuflich |
| <input type="checkbox"/> Arbeiter(in) | <input type="checkbox"/> Hausfrau/Hausmann |
| <input type="checkbox"/> Rentner(in) | <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin |
| <input type="checkbox"/> Student(in) | <input type="checkbox"/> Auszubildende(r) |
| <input type="checkbox"/> Schüler(in) | <input type="checkbox"/> arbeitsuchend |

Bitte senden Sie den ausgefüllten und unterschriebenen Mitgliedsantrag an:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Mitgliederbetreuung
Klingelhölzerstraße 8
10785 Berlin

CDU

Ort, Datum

Unterschrift

Scharf: 20 Jahre friedliche Revolution - ohne Freiheit sind

Das größte Geschenk der jüngeren deutschen Geschichte ist zweifelsohne die vor 20 Jahren friedlich gewonnene Einheit Deutschlands.

Aus diesem Anlass hat der Ministerpräsident seine Regierungserklärung am 12. November diesen Jahres unter den Titel "Zur Freiheit befreit" gestellt. Ich möchte hinter diesen Titel ein deutliches Ausrufezeichen setzen, weil die Freiheit die Grundvoraussetzung dafür ist, auch die Werte der französischen Revolution Gleichheit und Brüderlichkeit erreichen zu können.

Ich sehe das Ringen der demokratischen Parteien im Parlament von Sachsen-Anhalt und in anderen Parlamenten Deutschlands darum, die Nuancen zwischen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit so auszutarieren und so zu setzen, dass ein für alle Menschen optimales Ergebnis herauskommt. Das wird wahrscheinlich auch die Aufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte sein.

Aber ohne Freiheit sind die anderen Grundrechte auch verloren.

Nach 20 Jahren beginnt die Zeitgeschichte in Geschichte überzugehen. Nach 30 Jahren, sagen die Historiker, ist die beste Zeit, Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dann ist die Quellenlage am besten, weil in der Regel alle Archive offen sind, es noch genügend Zeitzeugen gibt, aber die damals Handelnden in der Regel nicht mehr die momentan aktiv Handelnden sind.

Wir befinden uns in diesem Jahr also in einer Zwischenzeit. Die meisten Menschen haben aktive Erinnerungen oder waren sogar entscheidend an der friedlichen Revolution vor 20 Jahren beteiligt. Aber sind unsere Erinnerungen immer so zutreffend, wie wir meinen oder verführt uns unser jeweiliger Gedächtnisoptimismus, den Blick zurück und die Wertung der damaligen Hoffnungen und Erwartungen selbstgerecht zu filtern? Erinnerungsarbeit ist kein leichtes Geschäft, weil jeder seine eigenen Erinnerungen und Wahrnehmungen hat. Doch in einem Punkt dürften alle übereinstimmen. Im Herbst 1989 haben nicht Diktatoren und ihre Mitläufer Geschichte geschrieben, sondern die ostdeutschen Bürger. [...]

Vorboten der friedlichen Revolution und des Mauerfalls als einer ihrer Höhepunkte gab es im Nachhinein betrachtet viele, seien es die wachsende Zahl der Ausreisewilligen aber auch der gegen ihren Willen Ausgebürgerten, sei es die Zensur der Medien, die Militarisierung der gesamten Gesellschaft oder ganz einfach die Situation in den meisten volkseigenen Betrieben, in denen die Kolleginnen und Kollegen immer mehr in ihrer täglichen Arbeit spürten, dass das staatliche System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft immer schlechter funktionierte und Löcher in den Bilanzen durch das Aufreißen noch größerer Löcher gestopft wurden.

Einige Zitate aus dem Buch "Knüppel, Kerzen, Dialog, Die friedliche Revolution 1989/90 im Bezirk Magdeburg", Wilfried Lübeck/Gerhard Ruden, mdv 2009 (siehe Buchvorstellung auf Seite 15). Aus einem Brief des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Siegfried Grünwald an Prof. Dr. Klaus Thielmann, Minister für Gesundheitswesen der DDR:

"Demnach hatten in 161 Apotheken des Bezirkes 1.798 Rezepte, d.h. 10 Prozent aller Medikamentenrezepte - darunter jedoch keine für lebensbedrohliche Erkrankungen -, nicht eingelöst werden können, da die entsprechenden Medikamente nicht vorhanden waren. 5.889 Rezepte konnten nur teilweise eingelöst werden.[...]

Am 19. Oktober 1989 - einen Tag nach dem Sturz Honeckers - tagte der Ministerrat und thematisierte die Lage. [...]

'Wir lösen nur Einzelprobleme', erklärte er (d.h. Thielmann), vor seinen Kollegen, aber verändern die Lage nicht grundsätzlich. Große Probleme haben wir bei der Bausubstanz. Vor allem die Pflege- und Altenheime befinden sich in einer katastrophalen Lage. Auch die Kreiskrankenhäuser - rund 300 - sind in einer solchen Situation. Große Sorgen bereiten die wachsenden NSW-Importabhängigkeiten auf dem Gebiet der Medizintechnik, die Lage ist gravierend schlechter geworden. Dass wir zu den 10 größten Industri-

eländern gehören, zeigt sich in diesem Bereich nicht. Die Lebenserwartung in diesem Land ist zurückgeblieben. Sie entspricht nicht der eines hoch entwickelten Industrielandes."

Die Lebenserwartung ist im Osten seit der Einheit um ca. 6 Jahre gestiegen. Jeder hat seine persönlichen Erlebnisse und Prägungen, aber manche haben einen verklärten Blick zurück, besonders was das Gesundheitswesen betrifft.[...]

Der Ruf "Wir sind das Volk" brachte die sozialistische Diktatur zum Wanken. Die beabsichtigte oder durch eine verunglückte Pressekonferenz unbeabsichtigte Maueröffnung am 9. November machte irreversibel den Weg zur deutschen Wiedervereinigung frei. Der Ruf "Wir sind ein Volk" konnte in den Folgemonaten erfolgreich international verhandelt und schließlich mit dem Einigungsvertrag auch national umgesetzt werden. Meine Worte können auch heute nur unzureichend beschreiben, welche glückliche Stunde Deutschland damals schlug.

Nach wie vor ist die große Mehrheit der Sachsen-Anhalter (79 Prozent) davon überzeugt, dass die Demokratie die beste aller denkbaren Staatsideen ist. 89 Prozent meinen, dass die Achtung vor Andersdenkenden und anderen Lebensweisen essentiell für eine lebendige Demokratie ist. Einer Diktatur würden - selbst in Notzeiten - nur 15 Prozent den Vorzug geben. [...] weiter S. 15

Christlicher Gabentisch der Frauen Union

Bereits zum dritten Mal führte die Frauen Union ihren Christlichen Gabentisch durch. Mit zahlreichen Spenden und durch die Unterstützung von Sponsoren konnten Bekleidung, Spielzeug, Haushaltswaren und vieles andere mehr an sozial schwache Menschen verteilt werden. Herzlichen Dank all denen, die unser Projekt durch ihre vielfältige Unterstützung erst ermöglicht haben, so die Kreisvorsitzende der Frauen Union Sabine Wölfer.

Sabine Wölfer: "Ich wünsche alles Gute im Neuen Jahr, Glück und Zufriedenheit, vor allem Gesundheit für Sie und all denen die Ihnen etwas bedeuten.

Es würde mich freuen, wenn wir auch beim vierten Gabentisch mit ihrer Hilfe rechnen könnten."



Die Mitglieder der FU Gisela Luding, Brigitte Wartitz, Beate Bautz, Christine Helbig und Sabine Wölfer vor einigen Spenden für den Gabentisch (v.l.n.r.) Foto: Tobias Krull

die anderen Grundrechte auch verloren

Nur jeder Fünfte hält es für wünschenswert zur sozialistischen Ordnung zurückzukehren. Insgesamt wird das geeinte Deutschland als das freiere, wirtschaftlich leistungsstärkere und politisch bessere System angesehen.

Nach wie vor werden der DDR bestimmte Vorzüge zugeordnet: das Leben in ihr wird als sozialer, gegen Lebensrisiken abgesicherter sowie als im zwischenmenschlichen Bereich verträglicher beschrieben. Mit wachsendem zeitlichem Abstand erfolgt aber keine zunehmende Verklärung der DDR. Für 22 Prozent der Sachsen-Anhalter war die DDR "ganz eindeutig" ein Unrechtsstaat. Für 30 Prozent "eher ein Unrechtsstaat". 72 Prozent glauben aber auch, der Sozialismus sei eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde. Zum Glück zeigt das Öffnen bisher verschlossener Archive, dass schon den so genannten Klassikern des Marxismus/Leninismus Menschenrechte und Demokratie fremd waren.

So weist Catherine Merridale nach, dass zuerst Lenin Massenmorde als Mittel der bolschewistischen Revolution angeordnet hat. In einem Brief an Molotow, der erst durch Gorbatschows Glasnost - also Wahrheit - veröffentlicht wurde, schrieb Lenin: "Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass wir gegen die Geistlichen einen entscheidenden und gnadenlosen Krieg führen müssen. Wir müssen ihren Widerstand mit so viel Grausamkeit brechen, dass sie dies mehrere Jahrzehnte lang nicht vergessen werden. Je mehr Geistliche wir erschießen können, desto bes-

ser." Originalzitat Lenin. Wer so etwas an einen Mitkämpfer, an Molotow schreibt, dem spreche ich ab, dass er eine humanitäre, neue und gerechte Gesellschaft schaffen möchte.

Aber letztlich war ja Lenin kein dummer Mensch. Ich vermute, die eigentliche Hybris liegt darin, dass auch er dem Irrtum unterlegen war, es gäbe ein Recht, den neuen Menschen mit allen Mitteln, zur Not auch mit Gewalt schaffen zu wollen und zu dürfen. Aber diese Grenze darf keiner überschreiten.

Wenn wir Politiker mit unseren Argumenten die Menschen nicht erreichen, haben wir kein anderes Mittel als unser Wort, und wir dürfen auch nicht eine Sekunde lang in den Gedanken verfallen, man dürfe und könnte andere Mittel verwenden. Ich glaube, das unterscheidet eindeutig die Diktatur von der Demokratie. Wir sind in dem Sinne schwach, als wir auf unser Wort angewiesen sind. Deshalb müssen wir dieses auch, so lange es irgend geht, vernünftig und verantwortungsvoll verwenden.

Alle, die sich um Aufklärung bemühen, haben hier noch eine Aufgabe vor sich, denn ein Geschichtsbild sollte möglichst durch Fakten und nicht nur durch Meinung unterlegt sein. Für 77 Prozent stellt der Mauerfall "ein freudiges Ereignis" dar. Wir sollten diese Freude aufgreifen. Deutschland ist bisher gut zusammen gewachsen und wird weiter zusammenwachsen.

Was wir hier heute diskutieren, ist für die 14- bis 19-Jährigen ziemlich

unverständlich. Die Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte, dass für 80 Prozent dieser Personengruppe die Herkunft keine Rolle mehr spielt. Und aus einer aktuellen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung über das Geschichtsbild der Deutschen 20 Jahre nach dem Fall der Mauer wird deutlich, je jünger die Menschen 1989 waren, umso weniger erklären sie sich heute überrascht vom Fall der Mauer. Die jüngeren Befragten halten den Fall der Mauer eher für selbstverständlich. Im Rückblick scheint daher der Verlauf der Geschichte verstärkt als eine logische und stringente Entwicklung interpretiert zu werden. Daher urteilt der Theologe Richard Schröder in seiner vor wenigen Tagen vom Landkreistag verbreiteten Rede zu Recht: "Die deutsche Einheit ist besser als ihr Ruf." Franz Stitz, ein Magdeburger katholischer Pfarrer im Ruhestand, formulierte es in einem Gemeindebrief dieser Tage so: "Viele haben es vergessen oder wussten es von Anfang an nicht klar, was das Volk vor 20 Jahren wirklich erkämpfen wollte und konnte:

Die Freiheit, aber nicht das Schlafaffenland!

Einen Rechtsstaat, aber nicht völlige Gerechtigkeit!

Ein besseres System, aber nicht bessere Menschen!"

Deshalb: Auch wenn 20 Jahre nach dem politischen Umbruch unsere Bürgergesellschaft keine vollends gerechte und vollkommene Gesellschaft geworden ist, haben doch die Menschen die Möglichkeit gewonnen, einen freien Meinungsaustausch zu pflegen, frei zu handeln und zu wählen, zu urteilen und zu vergleichen. Die Freiheit ist die Chance des Handelns, nicht das Handeln selbst (Isaiah Berlin). Und wenn wir zu dieser Freiheit befreit sind, Entscheidungen treffen zu können, wird es auch immer Entscheidungen geben, die dem Ideal nur näherungsweise nahe kommen. Darüber war sich schon Immanuel Kant im Klaren, als er formulierte: "Aus so krummen Holze als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden."

Jürgen Scharf

Knüppel, Kerzen, Dialog

Mit dem Buch „Knüppel, Kerzen, Dialog“ bringen die beiden Autoren Dr. Wilfried Lübeck und Gerhard Ruden rechtzeitig zum 20. Jahrestag eine wissenschaftlich erarbeitete Dokumentation über die Friedliche Revolution im Bezirk Magdeburg auf den Markt. Sie wartet mit einer stattlichen Anzahl bisher unbekannter Dokumente aus den Archiven der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf, die mit ihrer ungeschminkten Wahrheit dem SED-Regime den Spiegel vor das Gesicht halten. Sie beleuchten damit das Innenleben des Machtapparates mit Argumenten, die die verbreitete Schönfärberei der DDR ins Abseits stellen.

Wer nach der Lektüre des Buches noch von der Vorbildlichkeit des DDR-Gesundheitswesens oder des Schulsystems sprechen will, darf sich getrost zu den Märchenerzählern gesellen, die immer noch dem Sozialismus als der besseren Gesellschaftsform das Wort reden.

Deutlich wird von den Verfassern herausgearbeitet, dass die Staatspartei SED auf alles und jedes Einfluss nehmen wollte und dafür die eigene Kommandostruktur mit den Machtapparaten von Polizei und Stasi ergänzen musste. Aber auch diese totale Bespitzelung und Bevormundung eines ganzen Volkes führte nicht zur Aufgabe des Freiheitswillens.

Mit vielen Dokumenten aus den Archiven von SED und MfS wird der Nachweis erbracht, dass sich der größte Teil des DDR-Volkes nicht mit einem System des „sozialistischen Absolutismus“ (Schabowski) sowie seinem gewaltsamen und unfähigen politischen und wirtschaftlichen System abfinden wollte.

Die nach dem „Taufwetter“ in der Sowjetunion einsetzende Fluchtwelle, die kleine aber hartnäckige Opposition und die Moderation dieses Prozesses durch die evangelische Kirche brachten schließlich die Friedliche Revolution auf den Weg und beendeten die über 40jährige Herrschaft einer menschenverachtenden Ideologie. Das Buch wurde vom Mitteldeutschen Verlag Halle verlegt und kostet im Buchhandel 19,90 Euro. Mit gleicher Aufmerksamkeit ist das Buch als Broschüre in der Landeszentrale für politische Bildung erhältlich.





*Was gibt
Weihnachten*

*Als ernt ich in der Knecht Trone
Himmelfahrt zum Weihnachtsbaum,
Da schenke ich Reichtum mir in kein
Mir in der Welt ein golden Stern,
Und ich schenke in jeder Nacht
die ganze Freude geschenkt,
Da immer noch die Freude
Man Christmas nicht hat stromant*

Liebe Mitglieder und Freunde der Magdeburger CDU,

lassen Sie sich von der Vorfreude des Adventes anstecken und sammeln Sie über die Weihnachtsfeierlinge und den Jahreswechsel die nötige Kraft für ein gutes, neues Jahr, das auf uns wartet.

Der CDU-Kreisverband Magdeburg wünscht Ihnen frohe Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr.
Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung und hoffen auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Jürgen Scharf

Jürgen Scharf, CDU-Kreisvorsitzender

Doris Memmer

Doris Memmer, Kreisgeschäftsführerin